

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonntag nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der "Beilage", "Wort und Bild".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Weiß-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Bankkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Annahmgebühr für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzger. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzger, Spangenberg.

Nr. 33.

Dienstag, den 17. März 1925

18. Jahrgang.

Nicht größern Vorteil wüß' ich zu nennen, Als des Feindes Verdienst erkennen.

Genf und die Sicherheit.

In der vergangenen Woche ist die Aufmerksamkeit der Deutschen durchaus von den Vorbereitungen zur Präsidentenwahl in Anspruch genommen gewesen. Als dann das Ergebnis der mannigfachen Verträge vorlag, hatte der Deutsche ein klares und etwas verwirrtes Empfinden. Und resigniert rechnete nun jeder damit, die fünf Kandidaten betrachten, daß die eigentliche Entscheidung erst Ende April fallen wird. Inzwischen kann noch allerhand passieren.

Während der Deutsche aber sich in die Berliner Fractionshandlung vertiefte, ist in Genf einiges passiert, für das er im Augenblick nicht die notwendige Aufmerksamkeit besitzt. In einem großen Redekampf, da die nüchterne, skeptische Logik des britischen Außenministers Chamberlain gegen die gleichzeitigen Nebenkräfte Briand stand, zerbrach der Pakt, den im September Herriot und MacDonald geschlossen hatten. Damals glaubte man — oder tat doch so —, daß Form und Formel gefunden seien, der Welt den Frieden zu erhalten. Jeder Friedensförderer sollte als schuldhafter Kriegsverbrecher behandelt werden, und der Völkerbund seine Mitglieder zur Strafexekution veranlassen können.

Frankreich, in dessen Phantasie nur der deutsche Friedensförderer vorhanden ist, konnte sich solch eine Lösung gefallen lassen. Denn ihm scheinen nun, über seine doch fragwürdigen Nützlichkeiten hinaus, Garantien gegeben, Erfolg für das 1919 enttante Militärbündnis mit London und Washington. Hier sah es Hilfskräfte für "Sanktionen", Stützen für Sicherheiten. Aber in jenem England, das den friedensgläubigen Optimismus des gestirnten Sozialistenführers MacDonald nicht teilte, sondern von den Machtüberlieferungen der Vergangenheit sich nährt, betrachtete man das Ergebnis kühl. Sehr kühl. Ist die britische Flotte von dem englischen Steuerzahler dazu erbaut, um als Polizeimacht im Auftrag des Genfer Rates zu wirken, wenn in den Windeln der Welt die Händel beginnen? Nein; sie dient rein englischen Interessen. So denkt das englische Mutterland, so lagen noch deutlicher die Dominien Canada, Australien usw. Diese wollen seit ihrer Kriegsteilnahme wachsenden Einfluß üben auf die Außenpolitik des Londoner Kabinetts, und sie haben kein Interesse daran, daß die Schwierigkeiten des fernem, zerrissenen Europas irgendwelche automatische ihre eigene Politik in den Bereich ziehen.

Chamberlain hat den Franzosen eine runde Abgabe gegeben; man hat den Pakt noch einmal auf die Herbstberatung verlegt. Genüß ist aber; so wird er nicht wiederkehren. Was tritt an seine Stelle? Der englische Minister hat mit Mistrauen von der Möglichkeit allgemeiner Lösungen gesprochen. Die sachlichen Gründe liegen auf der Hand. Ein solcher Generalpakt legt ein gleichmäßig verbreitetes Friedensbedürfnis voraus. Er rechnet auch mit im allgemeinen gleichartigen Verhältnissen. Die Erdoberfläche ist aber kein Schachbrett. Nach Grenzziehung, Volkstum, Wirtschaft, Mischung, kennt sie hunderte von Möglichkeiten, die in ihrer Sonderart nur für sich genommen werden können. Wo aber sind die wichtigsten Brennpunkte?

In dieser Stelle berührt sich der Ausgang der Genfer Faktionskollision mit der deutschen Frage. Man weiß, Deutschlands Beitritt zum dem Genfer Völkerbund ist noch in Schwebe; nach dem Abschluß der Londoner Konferenz hat das Kabinett Marx in dieser Richtung erste Schritte unternommen. Das Kabinett Miller ist darüber hinausgegangen; es hat den Vorschlag gemacht, um den in seiner Allgemeinheit für das massenlose Deutschland untragbaren Forderungen auszuweichen, ein besonderes Vertragssystem zu schließen. Darüber gab Dr. Stresemann vor einigen Tagen dem auswärtigen Ausschuß des Reichstags Aufschlüsse. Der Kanzler Cuno hatte im Dezember 1922 die Anregung gegeben, es möchten unter amerikanischer Mitwirkung gegenseitige Friedensversicherungen der deutschen Westgrenze erreicht werden. Ein paar Wochen darauf ließ Poincaré in das Ruhrgebiet marschieren; die Idee war damit tot. Wenn sie jetzt, genauer umrissen, wieder aufgenommen wird, dann geschieht es, um den Westbezirken Deutschlands mit jeder Möglichkeit zur früheren Befreiung zu helfen.

Das offizielle Frankreich schweigt. Es starrt auf die Militärkontrolle, die die spanische Wand für eine Politik der Vorwände ist. Was ihm die Entscheidung so schwer macht, ist die traditionelle Rücksicht auf Warschau, denn keine deutsche Regierung kann die deutschen Ostgrenzen, den "Korridor", als endgültige hinnehmen. In England und selbst in Paris begreifen das allmählich einige Leute. Doch fürchten sie sich vor einer Entscheidung. Ob und wann eine solche Entscheidung aber gewagt werde, das wird maßgebend sein für alle Verträge, der Befreiung Europas den Weg aus dem Gefängnis der Friedlosigkeit zu weisen, das in dem Versailler Vertrag gebaut wurde.

Deutschlands Abrüstung.

Eine Erklärung des Reichswehrministers. Im Ueberseeclub in Hamburg hielt Reichswehrminister Dr. Geßler einen Vortrag über die deutsche Wehrmacht, dem im Hinblick auf die Befriedungen der Entente in Paris besondere Bedeutung zukommt.

Der Minister legte zunächst die mannigfachen Schwierigkeiten dar, denen er sich bei seiner fünfjährigen, dem Aufbau der Reichswehr gewidmeten Arbeit gegenübersehen habe. Der im Versailler Vertrag vorgezeichnete Stand sei heute erreicht. Die Abrüstung sei lückenlos und so weitgehend, daß wir mit den Waffen, die uns gelassen seien, niemals in der Lage seien, die Aufgaben zu erfüllen, die Deutschland im Rahmen des Friedensvertrages geboten seien. Die Frage nach dem Wert der Existenzberechtigung einer solchen aller modernen Kampfmittel beraubten Wehrmacht — eine Frage, die in dem Augenblick wieder akut werde, wo der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Deutschlands Teilnahme an den Sanktionsmaßnahmen des Völkerbundes wieder erzwungen werde — könne solange müßig, als nicht das Problem der allgemeinen Abrüstung gelöst sei.

Reichswehrminister Dr. Geßler kam dann auf die Märchen über die Geheimrüstungen zu sprechen, die immer Märchen bleiben würden, weil Deutschland niemals im deutschen Staatsausnahmestille die Milliarden auswerfen könne, die eine geheime Rüstung verursachen würden. Selbst wenn die materiellen Voraussetzungen gegeben wären, selbst wenn das deutsche Volk zu einer solchen übermenschlichen Anstrengung gewillt wäre, selbst dann zerbräche die Aufgabe an der unüberwindlichen deutschen Geschwächtheit. Die Verträge über verbotene Waffenbesitz beweist der Minister in das Reich der Fabel. Die Reichswehr sei in ihrer heutigen Bewaffnung nicht in der Lage, einen modernen Krieg zu führen.

Ostpreußens Protest.

Gegen die polnischen Drohungen. Der englische Außenminister Chamberlain hatte vor seiner Genfer Reise in einer Unterhausrede den Polen den guten Rat erteilt, sich zu mäßen. Dieser wohlgemeinte Rat verfehlte die polnische Presse in helle Wut. Am tollsten gebärdete sich die in Warschau erscheinende "Gazeta Warszawska", das Organ der zurzeit herrschenden nationaldemokratischen Partei Polens. Das Blatt verteilte sich zu der Behauptung, "nicht der mit dem lächerlichen Namen 'Korridor' bezeichnete Gebietsstreifen ist die Quelle des Unfriedens in Europa, sondern die Tatsache, daß Ostpreußen bei Deutschland gelassen ist" und knüpfte daran die Forderung, daß "derjenige, welcher den Versailler Vertrag in seinen Ostpreußen betreffenden Bestimmungen verbessern wolle, der deutschen Herrschaft in Ostpreußen ein Ende machen möge".

Gegen diese unerhöhten Drohungen des polnischen Regierungsblattes haben die Vertreter der Provinzial-Ostpreußen — Provinziallandtag und Landeshauptmann — in einer scharfen Protestentscheidung Stellung genommen; darin heißt es u. a.:

"Es tritt hiermit immer unerhöhter die aggressive Tendenz der Polen hervor. Polen erweist sich klar und offen als der Ruhestörer in Europa, und es können diese fortdauernden Bedrohungen eines rein deutschen Landes von 2½ Millionen Einwohnern, in dem bei der letzten Reichstagswahl nur die verschwindende Minderheit von 6000 polnischen Stimmen abgegeben ist, — Bedrohungen, die noch dazu von einem Staatszweck, dessen Einwohnerzahl bereits jetzt zu ungefähr 40 Prozent fremdstämmiger Völkerheiten angehört, ausgehen — nicht scharf genug zurückschauen werden. Wir dürfen von der Reichsregierung erwarten, daß sie Ostpreußen in dieser Zurückweisung auf das Nachdrücklichste unterstützt."

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen bereitet eine ähnliche Rundgebung. Auch sie in Königsberg verammelten Vertreter der Landes-Ostpreußen haben in scharfster Form zu der Drohung Polens gegen den Bestand ihrer Heimatprovinz Stellung genommen.

Die Vorbereitungen zur Wahl.

Wer wählt und wer ist wählbar. Mit den Vorbereitungen für die am 29. März stattfindende Reichspräsidentenwahl ist das statistische Reichsamtsamt in Berlin betraut worden. Reichswahlleiter ist der Präsident dieses Amtes, Professor Wagemann.

Der Anmeldeetermin für die Reichswahlvorschläge der einzelnen Parteien läuft am kommenden Donnerstag, 19. März, 12 Uhr nachts, ab. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der 35 Jahre alt ist, — also am 29. März 1890 (beim 2. Wahlgang am 26. April 1890) oder früher geboren ist — und seit mindestens einem Jahre die Reichsangehörigkeit besitzt. Das Wahlrecht kann — wie bei der Reichstagswahl — jeder Deutsche ausüben, der das 20. Lebensjahr erreicht hat.

Die Wahl am 29. März dauert von morgens 9 Uhr ununterbrochen bis abends 6 Uhr. Früherer Beginn oder späterer Schluß ist unstatthaft. In Wahlbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Behörde die Wahl eine Stunde oder einen Teil einer Stunde später beginnen lassen oder früher, jedoch nicht vor 5 Uhr enden lassen.

Die Haltung der Parteien.

Die Deutschnationale Volkspartei hat in einem besonderen Wahlaufsatz ihre Anhänger aufgefordert, ihre Stimme dem vom Reichsstad aufgestellten Kandidaten Dr. Jarres-Quisburg zu geben. Auch der Landesauschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern hat sich für die Kandidatur Jarres ausgesprochen. Desgleichen tritt die deutschnationalistische Freiheitsbewegung geschlossen für diese Kandidatur ein; der Führer der Deutschnationalen Partei, Richard Kunze, hat ebenfalls die Unterstützung seiner Partei zugesichert.

Der Landesvorstand des Bayerischen Bauernbundes hat in seiner letzten Sitzung zur Wahl des Reichspräsidenten Stellung genommen und beschlossen, daß die Unterstützung des Kandidaten der Linken nicht in Frage komme. Ebenso hat er abgelehnt, die Wahl des Kandidaten der Rechtsparteien zu unterstützen. Welchen Kandidaten die Parteileitung den Anhängern vorzuschlagen wird, hängt von der Entscheidung ab, die die Fraktionsversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung treffen wird.

Das Reichstammern Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht zu den Reichspräsidentenwahlen einen Aufruf, in dem die Kameraden aufgefordert werden, in den Reihen der republikanischen Parteien für die Wahl eines entschiedenen Republikaners zu kämpfen.

Bauer wehrt sich.

Erneute Vernehmung vor dem Barmat-Ausschuß. In der letzten Sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses wurde dem ehemaligen Reichsfinanzminister Gustav Bauer Gelegenheit gegeben, sich gegen die Beschuldigungen zu verteidigen, die im Laufe der Barmatunteruchung gegen ihn erhoben worden sind und bekanntlich vor kurzem zu seiner Mandatsniederlegung geführt haben.

Bauer bestritt ganz entschieden, daß er bei einer der Barmatbanken ein Konto in Höhe von 263 000 Mark gehabt habe. Er habe niemals ein Konto bei Barmat gehabt. Bauer verbleibt ferner dabei, daß er keine Vorteile von Barmat gehabt habe. Er habe Barmat als Privatmann sein eigenes Geld — 3000 Gulden — zur Verwaltung übergeben. Später habe er Provisionsgeschäfte mit Barmat gemacht für Vermittlungen unter Bekannten, wofür ihm 10 Prozent Provision zugeführt worden seien. Später habe er alle Beziehungen zu Barmat gelöst.

Die weitere Vernehmung des Zeugen Bauer gestaltete sich dann sehr erregt. Als Bauer erklärte, es wären verdächtige Aussagen der Zeugen gegen die Sozialdemokratie gemacht, verbat sich der Vorsitzende solche Äußerungen des Zeugen ganz energisch.

Kommunistentravall in Berlin.

Verhaftungen gegen Polizeibeamte. — 1 Todesopfer.
Der Berliner Stadtdirektor Neuloh ist am Sonntag der Schauplatz eines kommunistischen Kravalls gewesen, bei dem mehrere Polizeibeamte in erge Verwundung gerieten und eine Person ihr Leben einbüßte.

Nach dem amtlichen Polizeibericht zogen etwa 450 kommunistische Demonstranten über den Hermannplatz in Berlin. Sie brachten einen Straßenzug mit einem roten Banner und ein Demonstrationskomitee mit der Aufschrift 'Kommunisten' auf den Führer ein. Die an der Nordseite des Hermannplatzes aufgestellten Verleumdungsposten der Schutzpolizei verurteilten den Täter festzunehmen und zur Wache zu bringen, wurde aber von den Demonstranten hieran gewaltsam gehindert und der Festnahme ignoriert. Ein zu Hilfe kommender Schutzpolizist wurde ebenfalls von der Menge angegriffen und zu Boden geworfen.

In höchster Verdrängnis
Neben dem amtschließlichen Polizeibericht zogen etwa 450 kommunistische Demonstranten über den Hermannplatz in Berlin. Sie brachten einen Straßenzug mit einem roten Banner und ein Demonstrationskomitee mit der Aufschrift 'Kommunisten' auf den Führer ein. Die an der Nordseite des Hermannplatzes aufgestellten Verleumdungsposten der Schutzpolizei verurteilten den Täter festzunehmen und zur Wache zu bringen, wurde aber von den Demonstranten hieran gewaltsam gehindert und der Festnahme ignoriert. Ein zu Hilfe kommender Schutzpolizist wurde ebenfalls von der Menge angegriffen und zu Boden geworfen.

Der noch weiterhin fortwährend an Leib und Leben bedrohten Beamten gelang es nur durch Vorhalten der Schutzpolizei und Nimmens auf die Folgen, die Menge solange vor sich fernzuhalten, bis das städtische alarmierte Überfallkommando eintraf und die Menge durch gütliches Zureden zum Auseinandergehen veranlaßte.
Die schwere Verdrängnis der beteiligten Beamten und die Gewalttätigkeit der Menge gegen sie ist noch durch unbeteiligte Zivilpersonen bestätigt worden.

Ruhiger Sonntag in Halle.
In der Stadt Halle herrscht vollständige Ruhe. Die Kommunisten versammelten im Volkspark eine Protestkundgebung gegen die Polizei. Es waren etwa 200 Personen, darunter ein großer Teil Frauen mit roten Kopfschleiern erschienen. Nach Beendigung der Kundgebung zogen die Teilnehmer unter Voranbringen von schwarz umfalten roten Fahnen in die Stadt, wo sich der Zug nach einer Rede eines kommunistischen Reichstagsabgeordneten auflöste.
Die Zahl der Todesopfer der Schießerei im Volkspark hat sich auf neun erhöht. Ein weiterer Fall ist hoffnungslos.

Aus der Heimat

Spangenberg, 17. März 1925.

Kirchliche Nachrichten. Die für Mittwoch und Donnerstag dieser Woche für Spangenberg und Elbersdorf angelegten Passionsgottesdienste fallen aus. Da für Freitagabend 8 Uhr für beide Gemeinden in der Kirche zu Spangenberg eine Filmvorführung über die Leidensgeschichte Christi statt, deren Besuch dringend empfohlen wird. — Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfennigen erhoben.

Gaugeländelauf. Malsfeld war am vergangenen Sonntag der Austragungsort des Frühjahrslandlaufes des Rudra-Ebber-Gaues. Die Beteiligung war schwach, nur der 3. Bezirk war einigermaßen vertreten. Die Laufstrecke war trotz der schlechten Witterung der letzten Tage in ziemlich guter Beschaffenheit. Bei der Jugend ließ Kurt Engerich vom hiesigen Turnverein wieder alles aufhören. Auch Kurt Hoppach hielt recht tapfer bis zum Ziele aus. Im Lauf der aktiven Turner hatte sich beim Schwarzberg, der Sieger vom Bezirkslandlauf in Spangenberg gegen die beiden Harbush aus Verleumdung zu stellen. Die beiden erneuten lieferten sich bis ins Ziel einen spannenden Kampf. Am kommenden Sonntag wird es nun ernst. Die Sieger von Malsfeld treffen in Hann-Münden beim Kreislandlauf beste Konkurrenz aus dem ganzen Kreise. Hoffentlich ernteligen sie sich ihrer Aufgabe würdig.

Billige Fahrten nach Helgoland. In diesem Sommer vom 16. Mai bis 30. September soll von Wilhelmshafen aus eine tägliche Verbindung mit dem herrlichen Dampfer „Delgoland“ hergestellt werden. Jeden Sonntag ab 4 Uhr nachm. findet eine besondere Woche Fahrt statt mit Rückfahrt am Sonntag Abend 8 Uhr. Die Fahrten kosten einschließlich Uebernachten nur 15 Mark je Person.

Rückkehr von Rhein- und Ruhrflüchtlingen. Die vom Deutschen Roten Kreuz herausgegebenen Richtlinien Ausgabe 2 1924, Rückkehr für die Betreuung von nichtbeamteten Rhein- und Ruhrflüchtlingen sind erweitert worden. Ab und zu der neuen Bestimmungen können von den Provinzialvereinen des Roten Kreuzes unentgeltlich bezogen werden.

Cassel. Auf dem letzten Wochenmarkt gestalteten sich die Preise folgendermaßen: Apfelsinen 5—20, Zitronen 5—10, Bananen 8—10, Äpfel 15—30, Birnen 15—30, Landbutter 200—210, Süßrahmbutter 240—250, Eier 11, Unterbraten 6—10, Blumenkohl 30—130, Zwiebeln 20—25, Zwiebelen 20—40, Schwarzwurzeln 40—60, Knoblauch 30—40, Kartoffeln in 5—6, N. B. 80—120, Roten Rüben 10—15, Tomaten 100, Möhren (Hb.) 10—15, Kürbisse 15—20, Salat (Kopf) 25—30, Weißtraut 6—12

Wirsing 12—18, Kohlraut 12—18, Sellerie 40—50, Rosenkohl 70—80, Meerrettig 1. Sorte 70—80, 2. Sorte 25—35.

Herleshausen. Nach fünf Gerichtsverhandlungen wurde der Landwirt Johannes Scherzgel von hier, der des Ueberforderns der Milchpreise beschuldigt worden war, lothentlos freigesprochen, nachdem Sachverständige festgestellt hatten, daß der geordnete Preis von 24 Pfg. pro Liter angemessen sei.

Wanfried. Der hier wohnhafte General Friedrich v. Rogitzer hat vor vierzig Jahren, am 12. März 1885, auf der Ritter-Akademie zu Prandenburg an der Havel die humanitäre Abituentenprüfung abgelegt. Fünf Tage später, am 17. März 1885, wurde er Soldat im Schlesisch-Polzeischen Infanterie-Regiment 15 in Stralsburg im Glatz. Als junger Offizier studierte er gleichzeitig an der dortigen Universität. Dann war seine Laufbahn: Kriegsakademie, zwei Jahre Lehroffizier in Chile, Generalstab, Adjutant im Stabe des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee in China, wieder Generalstab, Oldenburgischer Dragoner 19, Braunschweigischer Flügeladjutant, Heffischer Garde-Regiment 23, 8 1/2 Jahre Leutnant in der Garde wo er 1912 den Krieg bis zur Schlacht bei Tschatalidscha mitmachte, Jäger-Regiment zu Pferde 2. Am 1. März 1914 kam er als Kommandeur in sein erstes Regiment Infanterie 15 zurück, das er im Kriege führte, bis er 1916 Kommandeur des Infanterie-Regiments 190 wurde. Seit 1895 ist er verheiratet mit Elise, geb. v. Scharfenberg vom Rathhof bei Wanfried. Von den drei Söhnen ist der älteste 1917 als Flieger vor Verbun gefallen. Der zweite wurde mehrfach verwundet. Der dritte war vom Jahre 1917 an Soldat im Feld und ist jetzt Leutnant im Reiter-Regiment 16. General von Rogitzer erfreut sich wegen seines lebenswürdigen Wesens und seines vornehmen Charakters allgemeiner Beliebtheit und Wertschätzung.

Wochenblatt für den 19. März.
1813 * Der Afrikanische David Livingston in Blantyre († 1873) — 1841 * Der Architekt Georg v. Sauerbrunn in Graz († 1922) — 1849 * Admiral Alfred von Tirpitz in Kastrup — 1853 * Der Luftschiffbauingenieur Paul v. Goettlieb in Wien († 1913) — 1873 * Der Komponist Max Reger zu Brand i. d. Oberpfalz († 1916).
Sonnt.: Ausgang 6,6, Untergang 6,11.
Mond: Aufgang 3,16, Untergang 11,55 B.

Die letzte Woche vor Frühjahrsanfang. Im ganzen Winter hat man kaum es für nötig gehalten, die Vögel zu füttern, aber nun ist es um die Märzmitte doch noch nötig geworden, und zwar um so mehr, als wir schon zahlreiche gefiederte Gäste bei uns haben, die an eine Kälte von 10 Grad, wie sie zeitweise herrschte, ganz und gar nicht gewöhnt sind. Die Schneedecke war in Norddeutschland ziemlich weit ausgebreitet, während sie in Mittel- und Süddeutschland meist fehlte. Die schon ziemlich weit vorgeschrittenen Saaten haben also nur zeitweise einen Schutz gegen den Frost gehabt, dürfen aber keinen größeren Schaden erlitten haben. Die jüngste Tierwelt in der freien Natur dürfte schlimmer zerkleinert werden und in der Jagd manche Einbuße für Jäger zu beklagen sein. Neue Vögelströme sollen kommen. Wenn damit Nachtfrost verbunden wäre, würde es noch unerfreulicher sein.

Die Entwertungsflaue bei der Reichsmark. Seit Einführung der Reichsmarkwährung sind Zweifel aufgetaucht, ob die in der letzten Zeit aufgetauchte übliche Entwertungsflaue auch jetzt noch anzuwenden ist. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einer im Einverständnis mit dem Finanzminister ergangenen Verfügung des preussischen Landwirtschaftsministers entnimmt, darf diese Flauel bei den Verträgen, deren Abwicklung voraussichtlich nur kurze Zeit dauert, nicht mehr angewandt werden; dagegen bestehen gegen ihre Anwendung bei langfristigen, insbesondere bei Miet- und Pachtverträgen sowie bei den in der Regel auf 18 Jahre laufenden Pachtverträgen keine Bedenken.

Erleichterungen bei der Zollabfertigung an der Grenze. In dem Bestreben, den Reiseverkehr weiter zu erleichtern und damit die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Ausland zu fördern, hat das Reichsfinanzministerium neue Anweisungen an die Grenzollbehörden erlassen, die zum Ziele haben, die für die Reisenden mit der Abfertigung an der Grenze verbundenen Unbequemlichkeiten so weit einzuschränken, als dies die Wahrung des öffentlichen Interesses nur irgend gestattet. Bei der Abfertigung im Zuge soll das Handgepäck im allgemeinen nur Stichprobenweise geprüft werden; diese Stichproben brauchen nicht in jedem Abteil zu erfolgen, sondern können nach dem Ermessen des leitenden Abfertigungsbeamten auf einzelne Abteile beschränkt werden. Geforderterfalls kann selbstverständlich auch gründlicher nachgeprüft werden. Entgegenkommendes Verhalten gegenüber den Reisenden ist den Zollbeamten erneut zur Pflicht gemacht worden.

Aus Stadt und Land.

Volkstrauertag in Berlin. Zur Beisein von Vertretern der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, des deutschen Reichsausschusses für Arbeitsfragen und hervorragender Verbände wurde im Landesausstellungsgelände in Berlin die Volkstrauertagsfeier eröffnet. Sie will zeigen, daß durch Turnen, Wandern, Sport und Spiel die Volksgesundheit erhalten und gehoben, die Volkstraft gestärkt wird. Zu diesem Zweck findet auch täglich in der Ausstellung Vorführungen statt. Auf der Ausstellung befinden sich Ausstellungen für die verschiedenen Sportarten. In der Abteilung Luftsport ist das Segelflugzeug „Mozik“ des Segelfliegers Mariens ausgestellt. Ferner der Bahndarstellungs-Eindecker, mit dem der Flug um die

Kugelhüte gewonnen wurde. Auch der Wasserport in sämtlichen Arten ist vertreten. Der übrige Sport, wie Ballspiele, Turnen, Radfahren, Bogensport usw. ist ebenfalls voll zur Geltung gekommen.

Großfeuer in Berlin. In den ersten Morgensstunden erbrachte ein im vorderen Stadteil eines Hauses in der Charlottenstraße, umweit der Leipzigerstraße, schlafendes Mädchen und sah die Flammen zum Fenster des Seitenflügels herausschlagen. Es lief die bereits stark verqualmten Treppen hinab und weckte die Wirtin. Auf die Meldung „Großfeuer“ rüdten sofort fünf Abkömmlinge zur Brandstelle aus. Da die Treppen stark verqualmt waren, mußten die Feuerwehrleute mit Handschutzhelmen vorgehen. Sie brachten ein Mädchen und die Wirtin, die schon stark unter dem Rauch gelitten hatten, in Sicherheit. Da der außerordentlich enge Hofraum und der schmale Hauseingang die Aufstellung eines Löschers dort unmöglich machten, ließ der Oberbranddirektor zwei mechanische Leitern auf der Straße aufstellen und das Feuer mit vier Schlauchleitungen angreifen.

Der Scherzrat der ober-schlesischen Kommunisten. Im Prozeß gegen die ober-schlesischen Kommunisten vor dem Reichsgericht kam der Ueberfall auf die Polizeiwache in Basniza zur Sprache. Der Angeklagte Sammel drang an der Spitze einer Schar Kommunisten in die Polizeiwache ein mit hochgehaltenen Revolvern und den Rufen „Hände hoch!“ Die Polizisten wurden gezwungen, sich entwaffnen zu lassen, an eine Gewehrzeit sei nicht zu denken gewesen. Hierauf wurden die Besätze vom 26. Oktober 1923 erörtert. An diesem Tage sind in Gletow unter der Führung des Angeklagten Schurpfel 65 Gewehre, 2 Maschinengewehre und 14 Kisten Munition gestohlen worden. Es wurden dann protokolllarische Aussagen verlesen, aus denen hervorgeht, daß ein Ordnungsdienst gebildet wurde, um die Ordnung auf den Straßen aufrecht zu erhalten und um Plünderungen durch die Streifenden zu verhindern. In diesen Ordnungsdienst wurden auch Kommunisten aufgenommen.

Großfeuer in Schweditz. In einem Häuserblock, in dem sich das frühere große Vergnügungstotal „Neue Welt“ befindet, entstand ein Großfeuer. Als die Bewohner durch Explosionen erwaekten, fanden die unteren Räumlichkeiten bereits über und über in Flammen. Verbrannt sind zierlich 80 Satz Del, 11 Autos und 10 Motorräder, sowie die ganze Saaleinrichtung. In dem Saal befanden sich die Ausstellungsräume eines Autohauses. Der scharfe Westwind heizte die hochauflodernden Flammen des brennenden Cellagers gegen die Hinterfront der Wohnhäuser, in welchen einige Wohnungen total ausbrannten.

Wieder ein angestruener Beamter. Das erweiterte Schöffengericht in Bochum beurteilte einen Amtmann aus Bommern bei Witten wegen fortgesetzter Untreue im Amt und wegen Betruges zum Nachteil des Eisenbahnverkehrs in einem Falle zu einem Jahr Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe. Die Beweisaufnahme stellte fest, daß er in gewinnstüchtiger Absicht sich zu Zeiten der Inflation auf Kosten des Amtes Bommern ganz erheblich bereichert hat.

Englische Händler gegen deutsche Fischdampfer. In Sleetwood in England hatte ein deutscher Fischdampfer seine Ladung an einen Fischhändler verkauft. Die Ausladung der ortsüblichen Löhne vorgemerkt worden. Nunmehr haben sich sämtliche Fischhändler zusammengesetzt und bekannt gegeben, daß in Zukunft keinerlei Fische auf den Fischauktionen an irgendeine Firma oder Person verkauft werden dürfe, die für das Einlaufen der deutschen Dampfer verantwortlich war, oder die irgend etwas mit dem Verkauf der Fische zu tun gehabt hatte. So ist es für einen deutschen Fischdampfer praktisch unmöglich geworden, in Sleetwood Fische an die Engländer zu verkaufen.

Vergung der Ladung der „Sorafta“. Die Ladung des vor einigen Tagen an der holländischen Küste bei Soel van Holland gekenterten holländischen Dampfers „Sorafta“ konnte zu einem kleinen Teil geborgen werden. Weitere Bergungsarbeiten sind im Gange. Die Königin von Holland hat aus der Schweiz in die hinterbliebenen der bei den Rettungsarbeiten des Dampfers „Schede“ umgekommenen Seeleute ein Beileidstelegramm gelangt.

Die deutschen Kriegergräber in Belgien. Auf belgischem Gebiete befinden sich insgesamt etwa 130 000 deutsche Kriegergräber, zum Teil auf besonders angelegten Friedhöfen, zum Teil aber sind sie auch auf die Gemeindefriedhöfe verteilt. Auf Grund des Versailleser Vertrages, der den belgischen Staat zur Unterhaltung der Gräber verpflichtet, ermächtigt diesem daraus eine jährliche Ausgabe von 345 000 Franken. Da viele Gemeindefriedhöfe für die belgische Bevölkerung zu klein geworden sind, hat man beschloffen, alle deutschen Gräber von dort aus nach den Kriegerfriedhöfen zu verlegen.

August v. Wassermaun. Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie und Professor an der Universität Berlin, August von Wassermaun, ist im Alter von 59 Jahren in Berlin gestorben. Wassermauns Name ist dadurch weltbekannt geworden, daß er der Schöpfer der Reaktion war, durch die die Erkenntnis und Behandlung der Syphilis in hervorragender Weise gefördert worden ist. Wassermaun hat weiter auf dem Gebiet der Immunitätslehre Bedeutendes geleistet. Auch eine große Anzahl schriftstellerische Arbeiten, besonders auf dem Gebiete der Infektion, Immunität und Serumtherapie, hat der Gelehrte hinterlassen.

Reichsgastwirtsmesse in Berlin. Die von der Berliner Messe-Gesellschaft in Verbindung mit dem Deutschen Gastwirtsverbande in der Ausstellungshalle am Kaiserdammer veranstaltete Reichsgastwirtsmesse ist im Beisein zahlreicher Vertreter der Behörden und Führern des veranstaltenden Gastwirtsverbandes feierlich eröffnet worden. Gleich am ersten Tage hatte diese Schar einen Massenbesuch zu verzeichnen. Das Gastwirtsverbe war u. a. durch Präsident Köfner vom Deutschen Gastwirtsverband, Vizepräsident Litfin, Präsident des Reichsverbandes der Kaffeehausbesitzer Peter Stüber, vertreten. Der Berliner Polizeipräsident

